

Aram Ziai

Vertreibung durch Entwicklungsprojekte und ihre Legitimierung Beispiele von Weltbankprojekten aus Subsahara-Afrika*

„Seien wir ehrlich: es gibt keine Entwicklung, ohne dass dabei irgendjemand verletzt wird.“ (David Hopper, Vizepräsident der Weltbank in einem BBC-Interview 1987 [zit. n. Rich 1998: 149])

Keywords: displacement, resettlement, development projects, development discourse

Schlagwörter: Vertreibung, Umsiedlung, Entwicklungsprojekte, Entwicklungsdiskurs

Was der Vizepräsident der Weltbank vor drei Jahrzehnten so klar formulierte, hat nichts von seiner Aktualität verloren: Das *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ) hat in einer breit angelegten Studie recherchiert, dass auch im 21. Jahrhundert Millionen von Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben worden sind und ihre Existenzgrundlage verloren haben (ICIJ 2015). Das mag auf den ersten Blick überraschen, geht man doch in der Regel davon aus, dass „Entwicklung“ mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse verbunden ist. Warum wird es hingenommen, dass diesem Ziel verpflichtete Projekte offenbar negative Auswirkungen auf die Betroffenen haben? Der vorliegende Beitrag möchte dieser Frage (und einleitend dem Phänomen der Legitimierung von Vertreibung durch Entwicklungsprojekte generell) auf den Grund gehen. Dazu wird er zunächst einen kurzen Überblick über das Phänomen und den Forschungsstand geben und sich anschließend mit der Frage der Legitimierung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs auseinandersetzen. Im letzten Teil illustriert er diese Legitimierung anhand einiger Fallstudien von Weltbankprojekten in Subsahara-Afrika.

Beginnen möchte ich mit einer kurzen begrifflichen Klärung. Im Englischen ist im Hinblick auf das untersuchte Phänomen von „development-induced

* Mein Dank gilt den Gutachter_innen und der Redaktion für wertvolle Anregungen zur Überarbeitung des Beitrags.

displacement“ die Rede, also von einer „durch Entwicklung hervorgerufenen Verdrängung“, teilweise auch von „resettlement“ (Umsiedlung) oder „eviction“ (Vertreibung). Es geht in der Regel um Infrastrukturprojekte, die Menschen dazu zwingen, ihren Wohnort und ihr Lebensumfeld zu verlassen, was oft mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage einhergeht. Angemessene Entschädigungen im Hinblick auf Land und Erwerbsmöglichkeiten werden dabei de facto nur in Ausnahmefällen zur Verfügung gestellt. Zwar gibt es durchaus Formen der Umsiedlung, die auf einer informierten, freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruhen („free prior informed consent“) und die nicht mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen einher gehen, sie sind jedoch nicht die Regel. Im Hinblick auf das durch diese anderen Formen der Umsiedlung vielfach erzeugte menschliche Leid – „Warum hat man uns nicht einfach vergiftet?“, fragt Ram Bai, deren Dorf nach dem Bau des Bargi-Staudamms an der Narmada überflutet wurde (zit. n. Roy 2002: 31) – erscheint der Begriff der Vertreibung angemessener.

Das Problem der Vertreibung als Konsequenz von Infrastrukturprojekten im Namen der „Entwicklung“ hat seit den 1980er Jahren stetig an Beachtung gewonnen. Eine wichtige Rolle haben dabei einige Projekte gespielt, die aufgrund dieser Folgen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit einen großen Bekanntheitsgrad erreicht haben.

Eines war dabei das Polonoroeste-Projekt in Brasilien, genauer: das von der Weltbank 1981-1985 finanzierte *Northwest Region Integrated Development Program*, mit dem v.a. die Bundesstraße BR-364 ausgebaut und die Erschließung des Amazonasgebiets durch Siedler_innen finanziert wurde. Angelockt durch eine Werbekampagne der Militärregierung strömten Hunderttausende von Siedler_innen in das Amazonasgebiet im Staat Rondônia, was zu einer massiven Entwaldung und Umweltzerstörung, einer verheerenden Malaria-Epidemie und gewalttätigen Landkonflikten mit den dort lebenden indigenen Gemeinschaften führte. Die übergroße Mehrheit der etwa 10.000 dort ansässigen Indigenen wurde durch das Projekt vertrieben oder fiel Krankheiten und Gewalt zum Opfer.¹

Das bedeutendste war das von 1985-1993 ebenfalls von der Weltbank finanzierte *Narmada Valley Development Project* in den indischen Bundesstaaten Gujarat, Madhya Pradesh und Maharashtra, und hier v.a. der zur Stromerzeugung und Bewässerung genutzte Sardar-Sarovar-Staudamm. Das Staudammprojekt machte geschätzt eine Viertelmillionen Menschen zu Obdachlosen; insgesamt ist von knapp 400.000 Personen auszugehen, die aufgrund des Projekts ihr Zuhause verloren haben. Eine internationale

1 Vgl. Wade 2011a; Rich 1998: 36-38; Caufield 1996: 173-177; Goldman 2005: 95f; Weaver 2008: 22.

Protestkampagne führte dazu, dass sich die Weltbank 1993 aus der Finanzierung zurückzog, die indische Regierung setzte den Bau jedoch fort. Aufgrund jahrelanger Verzögerung durch Proteste und Gerichtsverfahren wurde der Staudamm erst 2017 endgültig fertiggestellt.²

Die meisten Verdrängungen gehen auf das Konto eines dritten Projekts. Der Drei-Schluchten-Staudamm am Yangtse ist von der chinesischen Regierung allein finanziert (die Kosten betrugen offiziell knapp 40 Mrd. US\$) und 2010 fertiggestellt worden. Sein Stausee ist 660 km lang (was etwa der Strecke Hamburg-München entspricht) und überflutete 13 Großstädte, 140 Städte und 1.350 Dörfer, 1,3 Mio. Menschen mussten umgesiedelt werden. Im Vergleich mit Indien scheinen die Bedingungen für die offiziell „freiwillig“ Umgesiedelten stellenweise etwas partizipativer und v.a. ökonomisch weniger katastrophal, Proteste der betroffenen Städte und Gemeinden wurden jedoch effektiver unterdrückt und Dissident_innen inhaftiert (IRN 2012; Wilmsen 2011; 2017; Stein 1998).

Diese spektakulären Fälle sind jedoch nur drei von unzähligen. Das Ausmaß des Phänomens der Vertreibung durch Entwicklungsprojekte geht weit darüber hinaus, auch wenn die Forschung zu unterschiedlichen Zahlen kommt. Die bereits erwähnte Recherche des ICIJ zählt 3,4 Mio. Vertriebene für den Zeitraum 2004-2013, beschränkt sich aber ausdrücklich auf Weltbankprojekte (ICIJ 2015). Der Bericht der *World Commission on Dams* (WCD) spricht von 40-80 Mio. Menschen, die aufgrund von Staudämmen umgesiedelt werden mussten (WCD 2000: xxx, 129). Der Mittelwert von 60 Mio. deckt sich mit den Einschätzungen unabhängiger Wissenschaftler_innen (Bartolome u.a. 2000: iv). Interne Schätzungen der indischen Behörden gehen von 40 Mio. Vertriebenen durch Staudämme alleine in Indien aus; auf der Grundlage einer Studie der *Indian Institute of Public Administration* dürfte die Zahl aber eher dreimal so hoch sein (Roy 2002: 36). Eine Studie der Weltbank selbst kommt auf vier Mio. unfreiwillig Umgesiedelte durch Staudämme pro Jahr, plus weitere sechs Mio. durch Projekte der Stadtentwicklung und Verkehrsinfrastruktur – insgesamt 80-90 Mio. Menschen in einem Jahrzehnt (WB 1994: i). Michael M. Cernea (2000: 11) schätzt die Zahl der Vertriebenen durch Entwicklungsprojekte für den Zeitraum 1980-2000 auf 200 Mio. Eine von der britischen EZ-Behörde Department for International Development (DFID) finanzierte Studie des *Refugee Studies Centre* der Universität Oxford kommt zu dem Schluss, dass

2 Vgl. Wade 2011b; Roy 2002: 21-118; Rich 1998: 158-161, 258-263; Caufield 1996: 5-29; Goldman 2005: 151f; s. auch „A short history of the Sardar Sarovar Dam on river Narmada“, Indian Express vom 17.9.2017, <https://indianexpress.com/article/research/a-short-history-of-the-sardar-sarovar-dam-on-river-narmada-4847807/> letzter Aufruf: 3.1.2019.

jedes Jahr etwa 10 Mio. Menschen als Folge von Entwicklungsprojekten vertrieben werden (de Wet 2006: vi). Bogumil Terminski (2013: 11) geht sogar von 15 Mio. jährlich aus. Das heißt, auf der Grundlage der Forschung zu Verdrängung durch Entwicklungsprojekte ist davon auszugehen, dass weit mehr Menschen durch Entwicklungsprojekte ihr Zuhause verlieren als durch Naturkatastrophen oder Kriege.³ Man müsste eigentlich von „Entwicklungsflüchtlingen“ sprechen. Angesichts des hier deutlich werdenden Ausmaßes überrascht die nur geringe Wahrnehmung des Problems, doch dazu später mehr.

Dass nur im Hinblick auf Infrastrukturprojekte im Globalen Süden von „Entwicklungsprojekten“ die Rede ist, liegt an der Konstruktion sozialer Konflikte und Probleme im Entwicklungsdiskurs (Sachs 2010; Cornwall & Eade 2010; Ziai 2016a), der vergleichbare Phänomene im Norden ausblendet oder anders kategorisiert. Parallelen zwischen Nord und Süd finden sich einige: Sowohl beim Sardar-Sarovar-Staudamm in Indien als auch bei der Dakota Access Pipeline in den USA (Whyte 2017) oder im Hambacher Forst hierzulande geht es um Energieversorgung und Umweltzerstörung; der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur steht im Polonoroeste-Projekt in Brasilien ebenso im Mittelpunkt wie bei Stuttgart 21.

Andererseits sind auch deutliche Unterschiede feststellbar. Denn im Fall des Bahnhof-Projekts Stuttgart 21 oder des Hambacher Forstes bedeutet die Durchsetzung der Projekte für den Großteil der Protestierenden nicht den Verlust der Existenzgrundlage – anders als bei den Staudämmen in Indien. Für die Personen, die in der BRD tatsächlich ihr Zuhause an den Braunkohletagebau verlieren, bewegen sich die Entschädigungen auf einem weit höheren Niveau als im Süden. Die in der Kohlekommissionen vorgesehenen Kompensationen für die strukturschwachen Regionen im Rheinland und der Lausitz belaufen sich auf 40 Mrd. €. ⁴ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass trotz dieser Unterschiede eine gegenseitige Unterstützung zwischen den Protesten von Standing Rock gegen die *Dakota Access Pipeline* und denen im Hambacher Forst gegen die Braunkohleförderung besteht, die sich in entsprechenden Transparenten, Solidaritätsbotschaften und Totems manifestierte.

3 Der UNHCR kommt auf die Zahl von 68,5 Mio. Flüchtlingen (<https://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html>, letzter Aufruf: 28.1.2019).

4 „Viele Milliarden für den Kohleausstieg“, *ZEIT online*, 26.1.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-01/kohlekommission-kohleausstieg-bundesregierung-plan-kraftwerke-braunkohle>, letzter Aufruf: 27.6.2019.

Stand der Forschung

Im Hinblick auf Entwicklungsprojekte ist es sinnvoll zu differenzieren, welche Arten für Vertreibungen bzw. unfreiwillige Umsiedlungen verantwortlich sind. Die zitierte Literatur sieht hierbei, wie erwähnt, in erster Linie Staudämme, Stadtentwicklungs- und Verkehrsinfrastrukturprojekte an erster Stelle, doch auch Bergbau- und Ölförderungs- sowie landwirtschaftliche Projekte (*PERIPHERIE*-Stichwort „Land Grabbing“, s. Hoering 2011), zunehmend auch Projekte mit dem Ziel „nachhaltiger Entwicklung“, die oftmals Naturreservate vor den dort lebenden Menschen schützen wollen, führen zu Vertreibungsprozessen. Die negativen Konsequenzen sind nach dem verbreiteten Modell von Cernea (*impoverishment risk and restoration model*) wie folgt unterschieden worden: Sie führen zu (a) Verarmung durch Landlosigkeit, (b) Erwerbslosigkeit, (c) Obdachlosigkeit, (d) ökonomischer Marginalisierung, (e) erhöhter Krankheitsgefahr, (f) Ernährungsunsicherheit, (g) Verlust des Zugangs zu öffentlichen Gütern oder (h) sozialer Desintegration (Cernea 1996: 21f). In der wissenschaftlichen Debatte wird das Modell aufgrund seines Fokus auf quantifizierbare Aspekte und der Vernachlässigung des Verlusts von Würde, Identität und Wissen kritisiert. Es sei zudem aus der Perspektive von Planer_innen und Expert_innen konzipiert (Dwivedi 2002: 717-720).

Ranjit Dwivedi unterscheidet dementsprechend zwischen drei verschiedenen Ansätzen: einem managementorientierten, einem bewegungsnahen und einem institutionellen (zum Folgenden vgl. Dwivedi 2002; s. Tabelle 1, S. 149).

- Der managementorientierte Ansatz (z.B. Cernea 1996; 2000) macht sich die Perspektive von entwicklungspolitischen Institutionen zu eigen: Er geht von der universellen Wünschbarkeit bzw. Notwendigkeit von „Entwicklung“ und, damit verknüpft, von der Unvermeidbarkeit von Umsiedlungen aus. Diese gelte es aber so sozialverträglich wie möglich zu gestalten und negative Folgen bei ihrer Umsetzung zu minimieren. Dazu müssten die Planer_innen hinreichend für die Probleme und Risiken von Umsiedlungen sensibilisiert werden (u.a. durch die Einbeziehung externalisierter Kosten). Außerdem müssten faire politische Rahmenbedingungen und Leitlinien geschaffen werden.
- Der radikale bewegungsnaher Ansatz (z.B. Oliver-Smith 1996; 2006) geht demgegenüber davon aus, dass Prozesse und Projekte der „Entwicklung“, sofern sie zu Vertreibungen führen, das Problem sind. Im Vordergrund stehen die Rechte der Betroffenen auf die Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen, ihr Land, und ihre Umwelt. Um diese Rechte effektiv zu verteidigen

- und die Selbstbestimmung der Betroffenen zu fördern, sind politische Organisation und Bündnisse notwendig.
- Der Bericht der WCD – die sowohl Mitglieder des managementorientierten als auch des aktivistischen Lagers hatte – kann als Versuch einer Synthese zwischen beiden Ansätzen gelten und wird von Dwivedi als institutioneller Ansatz bezeichnet. Dieser sieht das Problem in institutionellen Mängeln, v.a. in einer unzureichenden Beteiligung der Betroffenen, und strebt die Stärkung der demokratischen Rechenschaftspflicht staatlicher Behörden an. Den „stakeholdern“, die die größten Risiken tragen, sollen auch größere Mitsprache- und Entscheidungsrechte zugesprochen werden.

Tabelle 1

Ansatz	Vertreter_in	Problem	Konzept	Strategie	Ziel
managementorientiert	Cernea	Umsiedlung	Risiken	Sensibilisierung der Planer_innen (<i>top-down</i>)	Faire Umsiedlung
institutionell	WCD	<i>governance</i>	Risiken und Rechte	Einbeziehung von <i>stakeholder</i>	Demokratische Verfahren
bewegungsnah	Oliver-Smith	Entwicklung	Rechte	Organisation und Bündnisse (<i>bottom-up</i>)	Selbstbestimmung

Quelle: eigene Darstellung auf der Grundlage von Dwivedi (2002: 730).

Letztlich waren mit den Politikempfehlungen der WCD weder die managementorientierten Akteure wie die Weltbank noch die bewegungsnahen Akteure wie Medha Patkar von der *Narmada Bachao Andolan* [NBA], der Bewegung gegen das Narmada-Staudammprojekt, wirklich zufrieden.

Die Legitimierung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs

Eine naheliegende, aber im Forschungsstand wenig beachtete Frage ist nun: Wenn Vertreibung als „hässliches Gesicht der Entwicklung“ (Dwivedi 2002: 712) für mehrere hundert Millionen Menschen zum Verlust der Existenzgrundlage geführt hat, warum gibt es so wenig öffentliche Empörung darüber und Kritik daran? Der vorliegende Beitrag möchte diese Frage auf der Grundlage einer diskursanalytischen und postkolonialen Perspektive

auf Entwicklungsprojekte beantworten (Escobar 1995; Eriksson Baaz 2005; s. auch Ziai 2010; 2016a).

Die weitgehende Akzeptanz der Vertreibung durch Entwicklungsprojekte liegt, so meine These, zum einen an der inhaltlichen Legitimierung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs (die ich in diesem Abschnitt untersuchen werde), zum anderen an einer diskursiven Struktur, die der indisch-britische Sozialwissenschaftler Des Gasper (1996: 170) als „beyond criticism' gambit“ bezeichnet hat. Diese diskursive Struktur beruht auf der grundlegenden Ambivalenz des Entwicklungsbegriffs, der einerseits Prozesse des Übergangs zu einer modernen, kapitalistischen industriellen Gesellschaft bezeichnet, andererseits Prozesse einer Verbesserung von Lebensverhältnissen.⁵ Auf dieser Grundlage

„können negative Erfahrungen mit Industrialisierung oder Kapitalismus oder womit auch immer als keine echten Beispiele, keine ‚richtige Entwicklung‘ entschuldigt werden, und das Konzept der ‚Entwicklung‘ kann weiterleben, als konkretes Programm und gleichzeitig als stets makellos bleibendes Versprechen. Das Programm wird als im Wesentlichen positiv behandelt und die negativen Erfahrungen als entschuldbare Unglücksfälle“ (Gasper 1996: 149).⁶

Dies ermöglicht das Festhalten an der Notwendigkeit und Wünschbarkeit von Entwicklungsprojekten auch im Angesicht ihrer in manchen Fällen katastrophalen Konsequenzen für die Betroffenen. Die nicht zu leugnenden Probleme betreffen eine fehlerhafte Umsetzung, die es zu optimieren gilt. Dies entspricht in etwa der managementorientierten Position (s.o.).

Das Gambit bzw. der Trick funktioniert, dies wäre im Anschluss an Gasper zu ergänzen, nur auf der Grundlage normativer Entwicklungsdefinitionen, die den Begriff positiv werten, wie z.B. der mittlerweile sehr populären, von Amartya Sen (2000) geprägten, dass „Entwicklung“ ein „Prozess der Erweiterung realer Freiheiten der Menschen“ sei (ebd.: 3). Dies mag das offizielle Ziel von Entwicklungsprojekten sein, ermöglicht aber durch die erwähnte begriffliche Ambivalenz die Legitimierung von Praktiken, die gegenteilige Folgen haben. Nützlicher erscheint in diesem Zusammenhang eine deskriptive Definition wie die von Nederveen Pieterse (2001: 3): „die organisierte Intervention in kollektive Angelegenheiten gemäß eines Maßstabs der Verbesserung“.

Die von Gasper beschriebene diskursive Struktur finden wir oft in Publikationen der managementorientierten Position, die als Ursache für Vertreibung lediglich eine fehlerhafte Umsetzung der Projekte sehen. Eine

5 Eine dritte Verwendung bezeichnet mit dem Begriff ganz allgemein Prozesse sozialen Wandels.

6 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von AZ.

Gegenposition, die *post-development*-Ansätze vertreten, sieht die Eroberung von Gebieten, die Entwurzelung von Menschen, die Restrukturierung von Räumen und die damit einhergehende Gewalt als konstitutiv für Prozesse der „Entwicklung“ in der Herausbildung der industriekapitalistischen Moderne an (Escobar 2004: 16, s. auch allgemein WVEE 2018). Die Kontroverse dreht sich hierbei um die Frage, ob Vertreibung und Gewalt integraler Bestandteil der Moderne ist oder ob auf „Entwicklung“ im Sinne von Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und Modernisierung ausgerichtete Prozesse und Projekte auch ohne sie machbar sind: ob also das hässliche und das freundliche Gesicht dieser Prozesse voneinander zu trennen sind oder ob „Vertreibung der Ideologie und Politik der Entwicklung inhärent ist“ (Parasuraman 1999: 41). Selbst wenn letzteres der Fall ist, kann man die Position vertreten, dass die Vertreibung dennoch gerechtfertigt sei. Damit sind wir bei der inhaltlichen Legitimierung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs im Unterschied zu der begrifflichen durch das „beyond criticism‘ gambit“.

Auf der Grundlage der in der Literatur dokumentierten Fälle zu Vertreibung durch Entwicklungsprojekte lassen sich im hier vorgelegten theoretischen Modell drei zentrale Legitimierungsstrategien unterscheiden, die mit den Stichworten Unvermeidlichkeit, Allgemeinwohl und Eigentumsrechte umrissen werden können und die ich im Folgenden genauer erläutern werde.

1. *Unvermeidlichkeit*: Die Prozesse sozialen Wandels hin zu einer modernen, industriellen, kapitalistischen Gesellschaft sind unvermeidlich, auch wenn sie für manche Bevölkerungsgruppen schmerzhaft Anpassungsprozesse mit sich bringen. Die negativen Konsequenzen von Prozessen und Projekten der „Entwicklung“ werden nicht geleugnet (und auch nicht als durch institutionelle Reformen vermeidbar konzipiert), aber sie sind dieser Sicht zufolge im Rahmen eines historischen Fortschritts nicht zu umgehen. Dieser Fortschritt wird üblicherweise positiv konnotiert. Beispiele für diese Legitimierungsstrategie finden sich im Zitat des Vizepräsidenten der Weltbank von 1987 zu Beginn des Artikels, im ersten Strategiepapier der Vereinten Nationen zur „ökonomischen Entwicklung unterentwickelter Länder“ von 1951 („ökonomischer Fortschritt ist unmöglich ohne schmerzhaft Anpassungen“, zit. n. Escobar 1995: 4), oder auch in der Antwort eines hochrangigen Mitarbeiters des indischen Konsulats in Bonn auf das Banner einiger Menschen, die mit dem Aufruf „Keine Menschenopfer für Entwicklung“ 1999 gegen den Sardar-Sarovar-Staudamm demonstrierten: „Sie wollen also, dass unser Land unterentwickelt bleibt!“ (pers. Erfahrung) Dass „Entwicklung“ Menschenopfer fordere, dies aber auf dem (es gibt in dieser teleologischen

Konzeption nur einen) historischen Pfad des Fortschritts unvermeidlich ist, sind hier implizite Annahmen. Die Alternative Stagnation oder Rückschritt erscheint undenkbar.

2. *Allgemeinwohl*: Die erwähnten Prozesse sind nicht unvermeidlich, aber ihre positiven Aspekte wiegen schwerer als die negativen Auswirkungen, so dass die fraglichen Projekte insgesamt im nationalen oder öffentlichen Interesse liegen und dem Allgemeinwohl dienen, dem „greater common good“. ⁷ Diese Legitimierungsstrategie findet sich auch in der Antwort der Weltbank auf eine Anfrage des ICIJ hinsichtlich der Vertreibungen durch von ihr finanzierte Entwicklungsprojekte:

„Projekte, die Enteignung von Land beinhalten, haben Möglichkeiten geschaffen, die Lebensgrundlage und die Lebensstandards von Menschen bedeutend zu verbessern. Durch sorgfältige Projektplanung und einwandfreie Umsetzung haben die Aneignung von Land und Zwangsumsiedlungen dazu geführt, dass sich das Leben von Menschen bedeutend verbessert hat. Wir halten es weiterhin für notwendig, Infrastrukturprojekte zu finanzieren, auch solche, die Enteignung von Land und Zwangsumsiedlung nach sich ziehen.“ (zit. n. ICIJ 2015, Kap. 4, Abschnitt 3)

In ähnlicher Form ist diese Strategie auch in anderen historischen Kontexten sichtbar, beispielsweise wenn der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru 1948 zu Dorfbewohner_innen, die für den Hirakud-Staudamm umgesiedelt werden sollten sagt, sie würden „im Interesse des Landes leiden“ (zit. n. Roy 2002: 25); oder wenn Urmilaben Patel den Sardar-Sarovar-Staudamm mit den Worten verteidigt: „Er versorgt Millionen mit Trinkwasser. Er ist unsere Lebensader“ (zit. n. ebd.: 31). Dies entspricht einer im Entwicklungsdiskurs häufig anzutreffenden Logik, in der der Zweck die Mittel heiligt (vgl. Ziai 2004: 143f). Im konkreten indischen Fall, in dem die Vertreibung von (offiziell) 200.000 Menschen in einer Kosten-Nutzen-Abwägung für die Wasserversorgung von (offiziell) 40 Mio. Menschen in Kauf genommen wird, spricht Arundhati Roy (2002: 78) von „faschistischer Mathematik“.⁸

3. *Eigentumsrechte*: Die dritte Legitimierungsstrategie erkennt die negativen Auswirkungen von Prozessen oder Projekten der „Entwicklung“ ebenfalls

⁷ So der Originaltitel des zentralen Aufsatzes in Roy 2002; für eine ähnliche Diagnose s. Causfield 1996: 20.

⁸ Hier ist anzumerken, dass die offizielle Zahl der Dörfer, die durch den Sardar-Sarovar-Staudamm mit Trinkwasser versorgt werden sollten, 1979 bei 0, Anfang der 1980er Jahre bei 4719 und 1991 bei 8215 lag, dabei wurden allerdings auch 236 nicht mehr bewohnte Dörfer mitgezählt. Die Menschen in den Dürregebieten Gujarats wurden laut Roy (2002: 55) erst zur Legitimierung des Staudamms herangezogen, als in der öffentlichen Debatte Kritik laut wurde.

an, verweigert aber eine politische Diskussion über sie mit dem Verweis auf geltende Eigentumsrechte. Diese Eigentumsrechte können dabei in privater oder in staatlicher Hand sein. Die negativen Auswirkungen sind nach dieser Argumentation als Konsequenz der bestehenden Gesellschaftsordnung zu akzeptieren. Dies impliziert Ausschlussmechanismen gegenüber Landlosen und insbesondere gegenüber indigenen Gemeinschaften, denen Eigentumsrechte an Land fremd sind. Als Beispiel kann die Stellungnahme der Neumann Gruppe (einer deutschen GmbH) zur Vertreibung von einer umstrittenen Zahl von Kleinbäuerinnen/-bauern im Mubende Distrikt in Uganda zugunsten einer Kaffeeplantage gelten:

„NG bedauert sehr, dass es zur Zwangsumsiedlung dieser 25⁹ Kleinbauern gekommen ist und verurteilt das Vorgehen der Armee. ... Trotz ehrlichen Bedauerns ist jedoch festzuhalten, dass den Menschen in der Umgebung der private Besitzstatus von Block 99 deutlich bekannt war. Weiter stellt der Verkauf von Block 99 ... eine völlig rechtskonforme Transaktion dar.“
(NG 2018: 3)

Doch nicht nur Plantagen privater Investoren, auch staatlich deklarierte Naturschutzgebiete können zu Vertreibungen führen. So wird zum Beispiel in Sambia Landwirtschaft in entsprechenden Gebieten seitens der Behörden unzweideutig als Rechtsbruch angesehen, in den Worten eines Mitarbeiters der Forstwirtschaftlichen Abteilung des Landministeriums: „Das ist illegal und diese Leute sind Landbesetzer“ (zit. n. Smart 2014: 257).¹⁰

Diese drei Legitimierungsstrategien lassen sich sicherlich auch bei Prozessen unfreiwilliger Umsiedlung im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten im Globalen Norden auffinden, auf die Proteste gegen den Braunkohletagebau am Hambacher Forst kürzlich wieder in Erinnerung aufmerksam gemacht haben.¹¹ Im Globalen Süden allerdings, so meine These, hängen diese Strategien auf je spezifische Art und Weise mit den Strukturen des Entwicklungsdiskurses zusammen, also mit den Regelmäßigkeiten im Sprechen und Schreiben über die „Entwicklung“ in „weniger entwickelten“ Regionen der Welt (Ziai 2016a). Dementsprechend geht es in den Legitimierungsstrategien im Norden zwar auch um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, aber kaum explizit um die Überwindung von „Unterentwicklung“.

9 Die Menschenrechtsorganisation *FoodFirst Informations und Aktions-Netzwerk* (FIAN) spricht von rund 4.000 Vertriebenen (FIAN 2013: 1).

10 S. auch die brillante Studie von Li 2007 zu den Ambivalenzen solcher „Besetzungen“.

11 Wichtig ist allerdings, darauf hinzuweisen, dass die Verdrängung im Norden üblicherweise mit angemessenen Entschädigungen einhergeht und somit zwar oft als Entwurzelung erlebt wird, aber in der Regel nicht zum Verlust der Existenzgrundlage führt.

Welche Implikationen haben diese Strategien im Süden nun im Einzelnen? Die Strategie der Unvermeidlichkeit basiert auf einem eurozentrischen Fortschrittsdenken, das den Wandel einiger Gesellschaften in Westeuropa und Nordamerika im Rahmen einer kolonialen Arbeitsteilung zu modernen, „entwickelten“ Industriegesellschaften als Manifestation eines unaufhaltsamen menschheitsgeschichtlichen Fortschritts und einer universellen Evolution deutet. Aus dieser Perspektive wird Differenz zu diesem Gesellschaftsmodell als Rückständigkeit wahrgenommen. Ashis Nandy (1992: 146) spricht hierbei von einer „Transformation geokultureller Differenzen in historische Stadien“, Henning Melber (1992: 32) von einer „Verzeitlichung des räumlichen Nebeneinander“. Der Entwicklungsdiskurs ist daher untrennbar verbunden mit der Identifizierung bzw. Konstruktion „rückständiger“ Lebensweisen und „weniger entwickelten“ Gruppen, einer spezifischen Form dessen, was die postkoloniale Theorie als „othering“ bezeichnet (Hall 1994). Diese Gruppen bzw. Lebensweisen bedürfen der korrigierenden Eingriffe durch Interventionen im Namen der „Entwicklung“.

Die Strategie der Legitimierung durch Verweis aufs Allgemeinwohl führt direkt zur Frage, wer dieses (oder das öffentliche oder nationale Interesse) zu definieren befugt ist. Dieses Recht nimmt in aller Regel der Staat für sich in Anspruch, doch dies ist im Kontext der vermeintlich „weniger entwickelten“ Teile der Welt zu spezifizieren. Wie Cowen & Shenton (1996) herausgearbeitet haben, bildete sich im 19. Jahrhundert das Konzept der Treuhandschaft heraus, das bestimmten Gruppen die Fähigkeit zusprach, Interventionen mit dem Ziel der „Entwicklung“ zu konzipieren und zu implementieren, um durch kapitalistischen Fortschritt hervorgebrachtes Elend abzumildern – auch im Globalen Norden. Im Globalen Süden ging die Treuhandschaft nach der Unabhängigkeit von den Kolonialherren zu einheimischen Eliten über, die auf der Basis von Expert_innen-Wissen entsprechende Projekte und Programme mit dem Ziel „nationaler Entwicklung“ mindestens ebenso entschlossen durchsetzten wie ihre Vorgänger – z.T. auch gegen den Willen oder gar den Widerstand der Betroffenen (Nandy 1988; s. auch Apffel-Marglin 1990; Alvares 1992: 108). Dies impliziert die Berechtigung zu entscheiden, dass beispielsweise die Trinkwasserversorgung von Vielen die Vertreibung von Wenigen rechtfertigt (s.o.).

Die Legitimierung von Vertreibung durch den Verweis auf Eigentumsrechte und die Legitimität einer marktwirtschaftlichen Ordnung und ihr entsprechender Transaktionen gehört zum Einmaleins des Kapitalismus und ist ebenfalls kein Spezifikum des Entwicklungsdiskurses. Doch auch hier führt der Kontext der Nord-Süd-Beziehungen zu einer bestimmten Ausformung. Im Unterschied zum Globalen Norden bringen Investitionen im Globalen

Süden nicht nur Arbeitsplätze, sondern „Entwicklung“ – gesellschaftlichen Wandel, durch den vermeintlich alles besser wird. Diese segensreiche Wirkung war, dies arbeitet Javier Gonzales Alcalde (1987) überzeugend heraus, notwendig für die Rechtfertigung der Geschäfte von Investoren aus dem Norden in spät- und nachkolonialen Kontexten: „Die primäre und umfassendste Funktion der Entwicklungsidee war es, wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere durch ausländische Akteure, eine positive und unbedingt erforderliche Bedeutung für das Leben weniger entwickelter Menschen zuzusprechen.“ (ebd.: 223) Der durch den Entwicklungsdiskurs angenommene Beitrag zu positivem Wandel führt dazu, dass sich profit-orientierte Investitionen im Süden immer auch mit dem Mäntelchen der guten Tat schmücken können und der Verweis auf die Eigentumsrechte dieser Investoren noch unangreifbarer wird.

Mithin hängen die drei typischen Legitimierungen von Vertreibungen durch Entwicklungsprojekte mit spezifischen Strukturen des Entwicklungsdiskurses – der Konstruktion des westlichen Modells als Spitze menschheitsgeschichtlichen Fortschritts, dem *othering* als „weniger entwickelt“ definierter Gruppen, der Treuhandschaft und der „entwickelnden“ Wirkung ausländischer Investitionen im Süden – zusammen. Das in diesem Abschnitt dargelegte theoretische Gerüst will ich nun im letzten Teil anhand einiger empirischer Beispiele plausibilisieren.

Die Legitimierung von Vertreibungen durch Weltbankprojekte in Subsahara-Afrika

Die Fallauswahl erfolgte anhand verschiedener Kriterien: Grundlage des Samples waren die vom ICIJ recherchierten Fälle von Weltbankprojekten. Unter diesen habe ich bei den Projekten in Ländern Subsahara-Afrikas nach jenen mit den meisten Vertreibungen gesucht. Dies gewährleistete, dass die untersuchten Fälle aufgrund ihrer weit reichenden Konsequenzen von großer Relevanz sind. Ein weiteres Auswahlkriterium der Fallstudien war das Vorhandensein von Protest gegen das Projekt, was auf eine besonders starke Notwendigkeit der Legitimierung hinweist. Dieses Kriterium habe ich aus forschungspraktischen Gründen durch das Vorliegen einer Beschwerde von Betroffenen über das Projekt beim Rechenschaftsmechanismus der Weltbank, dem *Inspection Panel*, operationalisiert.¹²

12 Das zweite Kriterium bedeutet also, dass keine Fälle untersucht werden, in denen alle Betroffenen mit der Umsiedlung zufrieden sind, mithin kann die Fallauswahl keine umfassende Repräsentativität beanspruchen. Für ein Beispiel der Problematiken auch freiwillig erfolgter Umsiedlung siehe Ziai 2016b.

1. Nigeria: Lagos Metropolitan Development and Governance Project (LMDGP)

Das *Lagos Metropolitan Development and Governance Project* hat die Weltbank in den Jahren 2006-2013 mit einem Kredit von rund 206 Mio. US\$ finanziert. Ihr zufolge sollte es nicht nur für verbesserte „Entwicklungsdienstleistungen“ in Form von nachhaltigem Zugang zu Straßen, Kanalisation, Wasser, Schulen und Krankenhäusern sorgen, sondern auch für verbesserte Transparenz, Rechenschaft und Regierungsführung (WB 2006: 4f). Mehr als eine Million Menschen in neun Stadtteilen von Lagos sollten durch „slum upgrading“ von Trinkwasserleitungen und Abwasserkanälen profitieren und bessere Lebensbedingungen bekommen (ebd.: 97). Allerdings seien, so das *Lagos State Government* (2005: 5, 8f), dafür wegen notwendiger Bauarbeiten an der städtischen Infrastruktur auch eine „zeitweise Verdrängung“ und „Umsiedlung“ unvermeidlich. Diese führe zwar zum Verlust von Obdach, Zugang zu Dienstleistungen und Erwerbsmöglichkeiten für manche, aber andererseits verbessere es „Wohlbefinden, Gesundheit und Hygienebedingungen“ in den Zielgebieten, ermögliche einen schnelleren Verkehrsfluss und erhöhe das Wirtschaftswachstum.

Bei der Durchführung des Projekts wurden im Februar 2013 im Stadtteil Badia East mindestens 266 Wohnhäuser und Geschäfte mit Bulldozern abgerissen. Die betroffenen über 2.000 Haushalte und etwa 9.000 Personen erhielten über das geplante Vorgehen keine Information und hatten daher keine Gelegenheit, ihre Besitztümer mitzunehmen. Polizisten riefen ihnen zu: „Wenn Ihr am Leben hängt, kommt raus!“ Da die Behörden keinerlei Ersatzunterkünfte zur Verfügung stellten, mussten viele der Betroffenen monatelang unter Brücken schlafen (Amnesty International 2013: 5). Der Kommissar für Stadtentwicklung rechtfertigte den Einsatz mit dem Argument, dort hätten laut Bebauungsplan eigentlich keine Wohnhäuser stehen sollen; eventuell vorhandene hätten keine Baugenehmigung gehabt (ebd.: 21). Auch in der – unzureichenden und ineffektiven – Räumungsverfügung betonte der Staatsanwalt, die Gebäude der Betroffenen seien illegal errichtet worden (ebd.: 26). Der Kommissar für Wohnen hingegen versicherte den Betroffenen, die „Unannehmlichkeiten, die sie erleiden müssten“ seien „zu ihrem eigenen Besten“ (zit. n. ebd.: 48); der Vorsitzende der mit der Räumung betrauten Polizeieinheit ergänzte, es könne schließlich „keine Entwicklung stattfinden“, wenn sich nicht auch an der Basis etwas ändere (zit. n. ebd.: 53). Erst nachdem eine von der Gemeinde beauftragte Nichtregierungsorganisation, das *Social and Economic Rights Action Center* (SERAC) eine Klage beim *Inspection Panel* aufgrund (v.a.)

eines Verstoßes gegen die Umsiedlungsrichtlinien der Weltbank eingereicht hatte (SERAC 2013), wurde die große Mehrheit der Betroffenen zumindest finanziell entschädigt (Inspection Panel 2014).

Hier finden wir mithin alle drei im letzten Abschnitt dargestellten Legitimierungsstrategien: Das *Project Appraisal Document* der Weltbank (WB 2006) sowie der Umsiedlungsrahmenplan des Lagos State Government argumentieren primär, die Vorteile für die Betroffenen wögen die Nachteile mehr als auf (Allgemeinwohl, Zweck-Mittel-Logik). Obdachlosigkeit und Verlust von Erwerbsmöglichkeiten werden hier explizit in der Summe weniger negativ eingeschätzt als Wirtschaftswachstum, schnellerer Verkehrsfluss und verbesserte Hygienebedingungen, so dass das Projekt legitim sei. Dies entspricht der Legitimierungsstrategie des Allgemeinwohls („greater common good“). Zuvor war mit Hinweis auf die fehlende Baugenehmigung der Abriss der Gebäude mit der Legitimierungsstrategie der Eigentumsrechte begründet worden. Zu guter Letzt findet wir auch die Legitimierungsstrategie der Unvermeidlichkeit in der Argumentation, ohne die Durchführung des Projekts finde keine „Entwicklung“ statt.

2. Kenia: Natural Resource Management Project (NRMP)

Das *Natural Resource Management Project* in Kenia wurde in den Jahren 2007-2013 mit einem Kredit der *International Development Association* (IDA)¹³ in Höhe von 68,5 Mio. US\$ gefördert. Sein Ziel war ein verbessertes Management natürlicher Ressourcen (Wasser und Wald), die Verminderung der Häufigkeit und Intensität von Überflutungen und Dürren sowie ein besserer Lebensstandard der partizipierenden Gemeinden (WB 2007: ii). Nachhaltige und partizipative Nutzung der Waldgebiete nahm hierbei einen wichtigen Platz ein, ebenso ging es aber um die Durchsetzung bestehender Gesetze und Regulierungen durch die Behörden (ebd.: 5f, 9f). Umsiedlungen werden im *Project Appraisal Document* als notwendig angesehen, sollen aber innerhalb eines gesetzlichen Rahmens stattfinden, der im Zuge des Projekts erarbeitet werden soll (ebd.: 33). Dieser Rahmen soll unter Beteiligung der Betroffenen partizipativ erarbeitet und umgesetzt werden (ebd.: 156) und sowohl Entschädigungszahlungen als auch Land, Infrastruktur und Aufbauhilfen beinhalten (ebd.: 98). Letztlich führe das Projekt zu stärkerem *empowerment* und einer Verbesserung der

13 Die IDA ist eine Tochterorganisation der *International Bank for Reconstruction and Development* und somit das „weiche Fenster“ der Weltbank. Sie vergibt nahezu zinslose Kredite an ärmere Länder.

Lebensverhältnisse der betroffenen Personen durch Partizipation und eine stabilere Ressourcennutzung (ebd.: 31).

Die Durchführung des Projekts erforderte eine Neuziehung der Grenzen des Naturschutzgebiets Cherangany Hills. Obwohl sie das Gebiet schon seit vorkolonialer Zeit bewohnen und ihre Rechte daran in der Verfassung verankert sind, lebten dadurch plötzlich Tausende von indigenen Sengwer im Embobut Forest (Elgeyo Marakwet County) in einem Naturschutzgebiet, wo es ihnen nicht erlaubt war. Nach Auffassung der Regierung besetzten sie nun illegal Land der öffentlichen Hand. Mit den Geldern der Weltbank kaufte der *Kenya Forest Service* (KFS) Fahrzeuge und Waffen, inhaftierte 45 von ihnen und vertrieb – teilweise auch unter Einsatz scharfer Munition – 6.000-7.000 Personen. Zudem wurden zwischen 500 und 1.000 Häuser der Sengwer niedergebrannt. Erst auf Druck der Weltbank 2011 sagte die kenianische Regierung ein Ende der Vertreibung zu und suchte nach Möglichkeiten, die Sengwer umzusiedeln und zu entschädigen. Deren Sprecher_innen zufolge war das angebotene Land jedoch unfruchtbar und baumlos, und sie lehnten die angebotenen Entschädigungen ab. Daraufhin gingen die Vertreibungen weiter.¹⁴ Das Management der Weltbank wies eine Verantwortlichkeit dafür zurück: Die Vertreibungen seien erstens nicht im Rahmen des Projekts erfolgt, die kenianische Regierung mache das schon seit den 1980er Jahren; zweitens habe sie, die Weltbank, dies der Administration gegenüber problematisiert und die zivilgesellschaftliche Kritik unterstützt. Drittens seien die Vertreibungen auf Personen beschränkt, die keine Besitz- oder Zugangsrechte geltend machen könnten (WB 2012: 5-8). Der Bericht des *Inspection Panels* gibt ihr in großen Teilen recht, sieht aber die Verantwortung der Bank in einer unzureichenden Beachtung des Risikos von Vertreibungen und im Mangel an Konsultationen mit den Indigenen (Inspection Panel 2014: vi-x).

Wie schon im ersten Beispiel haben wir auch wieder eine ähnliche Zerteilung der Legitimationsstrategien. Das *Project Appraisal Document* der Weltbank wendet durch den Verweis auf die positiven Aspekte des Projekts (Partizipation, besserer Zugang zu natürlichen Ressourcen, verbesserte Lebensverhältnisse) implizit die Strategie des Allgemeinwohls an, da diese Aspekte bedeutender seien als die auch dort erwähnte Vertreibung („greater common good“). Später berufen sich die kenianische Regierung bzw. die Forstbehörde angesichts der gewaltsamen Vertreibung auf die fehlenden Besitztitel der Betroffenen, also auf die Strategie der Eigentumsrechte, und die Weltbank folgt dieser Argumentation. Die Legitimierung über den unvermeidlichen Fortschritt fehlt hier freilich, mutmaßlich, weil ein besseres

14 Kushner u.a. 2015; FPP 2014; Anonym 2013; SESCUP 2010.

Management im Naturschutzgebiet wenig geeignet ist als Manifestation teleologischen Entwicklungsdenkens: Weder die damit einhergehende Infrastruktur noch die (vermeintliche) Verbesserung der Lebensverhältnisse kann hinreichend einen solchen Eindruck erwecken – nachhaltige Waldnutzung hat hinsichtlich der Symbolwirkung nicht denselben Effekt wie beispielsweise ein gigantischer Staudamm.

3. Äthiopien: Promoting Basic Services Program (PBS)

Im dritten Fallbeispiel geht es weniger um ein konkretes Projekt, sondern um ein Programm der „Entwicklung“, das – ganz im Geiste der Pariser Deklaration – stark beeinflusst ist von Konzepten wie *ownership*, *capacity building* und Budgetförderung.¹⁵ In Äthiopien unterstützt die Weltbank mit einer Reihe von Krediten (allein im letzten von 2012 in Höhe von 600 Mio. US\$) das *Promoting Basic Services Program* zur Unterstützung dezentraler öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wasser. Das PBS stellt hierbei ein zentrales Element zur Erreichung der *Millennium Development Goals* (vgl. dazu: WVEE 2007) für Äthiopien im sozialen Bereich dar (WB 2012: 1). Umsiedlungen sind im PBS nicht vorgesehen. Allerdings finden sie dennoch statt, im Rahmen des sog. *villagization* bzw. *Commune Development Program* (CDP) v.a. in den Regionen Gambella, Afar, Somali und Benishangul-Gumuz: Nach Regierungsplänen soll in neu gegründeten Dörfern insgesamt 1,5 Mio. Menschen (HRW 2012: 19f) grundlegende sozioökonomische Infrastruktur (Straßen, Grundschulen, Krankenhäuser, Wasserversorgung, Geschäfte) zur Verfügung gestellt werden – unterstützt durch das PBS-Projekt, das von der Weltbank und anderen Gebern, z.B. der *African Development Bank* und dem britischen DFID, finanziert wird (WB 2012: i-ii).

Ziel des CDP ist laut amtlichen Quellen die Bekämpfung von Armut (HRW 2012: 20). Die Umsiedlungen finden statt, wo das Land an Investoren verpachtet worden ist bzw. werden soll, dies betrifft in Gambella 42 % der gesamten Fläche (ebd.: 3f, 17; Chavkin 2015). Diese Gebiete, die oft von traditionellen Gemeinschaften als Weideland, Jagdgebiet oder für Wanderfeldbau genutzt wurden, sah die Regierung als „unbewirtschaftet“ an. Die

15 In der Paris-Deklaration über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit haben sich die Geberländer der OECD verpflichtet, die Grundprinzipien *ownership* (Federführung der Partnerländer), *alignment* (Unterstützung partnereigener Einrichtungen), Harmonisierung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht zu beachten. Bei der Budgetförderung werden die EZ-Gelder direkt ins Regierungsbudget eingespeist, um Parallelstrukturen zur vermeiden. *Capacity building* bezieht sich auf den Aufbau von Kapazitäten des Staates, seine Funktionen besser zu erfüllen.

indigenen Anuak und Nuer verfügten nicht über formale Besitztitel. Daher sah die Regierung auch kein Vertreibungsproblem und stellte das Land den Investoren für moderne, kommerzielle und industrielle Landwirtschaft zur Verfügung (HRW 2012: 18). Sie betonte, alle Umsiedlungen seien nach Konsultationen und auf freiwilliger Basis erfolgt (ebd.: 25; Chavkin 2015). Betroffene Anuak hingegen reichten beim *Inspection Panel* eine Klage gegen das Projekt ein: Bei den Umsiedlungen habe es sich um Vertreibung gehandelt, das neue Land sei unfruchtbar, Infrastruktur sei nicht vorhanden gewesen, einige Vertriebene seien an Hunger gestorben, andere, die sich widersetzen, seien verhaftet, verprügelt, gefoltert oder ermordet worden (Local Anuak Representatives 2012: 1). Die Regierung bezeichnete diese Anschuldigungen als „Hirngespinnste“ von „Elementen“, die „gegen Entwicklung“ seien und von „ausländischen Strippenziehern“ unterstützt würden (Chavkin 2015). Der Bericht des *Inspection Panels* widersprach der Kategorisierung als „ungenutztes Land“ und sah eine operative Verbindung zwischen PBS und CDP, enthielt sich jedoch eines Urteils hinsichtlich der zentralen Frage der Vertreibung (Inspection Panel 2015: viiif). Einem Berater des Panel-Teams zufolge seien die von ihm interviewten Personen zuvor von den Behörden eingeschüchtert worden und hätten daher gegenüber den Ermittler_innen auf eine Wiederholung der Anschuldigungen verzichtet – in privaten Gesprächen hätten sie jedoch den Einsatz von Schusswaffen, sexualisierte Gewalt und willkürliche Verhaftungen im Rahmen der angeblich freiwilligen Umsiedlung beschrieben sowie von der Ermordung eines Mitglieds der Einsatzkräfte, das sich weigerte, die Bäuerinnen/Bauern gewaltsam zu vertreiben, berichtet (Chavkin 2015).

Im Unterschied zu den vorigen beiden Fallbeispielen findet sich beim PBS keine Rechtfertigung von Vertreibungen im Vorhinein, da diese im Rahmen eines anderen, durch das PBS lediglich unterstützten Projekts, des „Programms zur Entwicklung der Kommunen“ (CDP) stattfanden.¹⁶ Im Nachhinein unterstützte die Weltbank die Regierungsargumentation der fehlenden Besitztitel. D.h. beide Akteure bedienen sich der Strategie der Legitimierung durch den Verweis auf Eigentumsrechte. Im Namen des Programms („Commune Development Program“) und in der Zurückweisung der Kritik an der gewaltsamen Vertreibung wird noch eine weitere Strategie deutlich: Wenn die Regierung behauptet, solche Vorwürfe kämen von „gegen Entwicklung“ ausgerichteten Akteuren, nimmt sie implizit Bezug auf eine

16 Deutlich wird hier das Problem der sog. „fungibility“: durch das PBS fließen Mittel in den Regierungshaushalt, die anerkannte staatliche Aufgaben (Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern) finanzieren und es ihr ermöglichen andere, weniger positiv konnotierte (Vertreibung der Bevölkerung zugunsten von Investoren) durchzuführen.

Legitimierungsstrategie, die das Projekt mit „Entwicklung“ bzw. mit dem Allgemeinwohl verknüpft. Der Einfluss des Entwicklungsdiskurses wird weiterhin sichtbar in der Abwertung traditioneller, vermeintlich weniger produktiver landwirtschaftlicher Praktiken, die hier auch Enteignung und Vertreibung rechtfertigen. Das betreffende Land als unbewirtschaftet und somit frei verfügbar zu konstruieren ist dabei eine direkte Übernahme des kolonialen Narrativs der „terra nullius“, des „leeren Lands“, das erst durch die Bewirtschaftung fortschrittlicher Akteure (in diesem Fall ausländische Investoren) produktiv wird.

Fazit

Durch offiziell der Verbesserung von Lebensverhältnissen verpflichtete Entwicklungsprojekte werden weit mehr Menschen vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht als durch Kriege oder Naturkatastrophen. Ich habe im vorliegenden Beitrag ein theoretisches Modell der diskursiven Legitimierung von Vertreibung durch Entwicklungsprojekte mittels unterschiedlicher Strategien aufgestellt und durch systematisch ausgewählte empirische Beispiele illustriert. Die Legitimierung dieser Vertreibung erfolgt einerseits durch eine begriffliche Immunisierungsstrategie („beyond criticism’ gambit“), andererseits inhaltlich durch Verweise auf Unvermeidlichkeit, Allgemeinwohl und Eigentumsrechte. Diese Legitimierungsstrategien werden begünstigt durch bestimmte Elemente des Entwicklungsdiskurses: die Transformation geokultureller Differenzen in historische Stadien, das *othering* vermeintlich rückständiger Bevölkerungsgruppen, das Konzept der Treuhandschaft und die Annahme einer positiven Wirkung von Investitionen auf die Lebensbedingungen der Menschen. Die im theoretischen Modell identifizierten Legitimierungsstrategien und Elemente des Entwicklungsdiskurses ließen sich in den drei Fallbeispielen – das LMDGP in Nigeria, das NRMP in Kenia und das PBS in Äthiopien – nachweisen. Dabei scheint sich ein Muster abzuzeichnen, dass Vertreibungen im Vorhinein primär als dem Allgemeinwohl dienend gerechtfertigt werden, nachdem ihre negativen Konsequenzen deutlich wurden, eher mit dem Verweis auf Eigentumsrechte und – außer beim NRMP – die Unvermeidlichkeit von Fortschritt und „Entwicklung“.

Die hier dargelegten Ergebnisse bedürfen gerade angesichts der sehr geringen Zahl an Fallbeispielen genauerer Überprüfung und einer tiefergehenden Analyse: Welche Legitimierungsstrategien werden warum und mit welchem Erfolg eingesetzt – und wie können sie erfolgreich von Protestbewegungen entkräftet werden? Die Klärung dieser Frage bedarf weiterer Forschung. Fest steht jedoch, dass im Namen der „Entwicklung“ höchst

fragwürdige Projekte, die menschliches Leid verursachen, vorangetrieben werden – legitimiert durch den dazu passenden Diskurs.

Literatur

- Alcalde, Javier Gonzales (1987): *The Idea of Third World Development. Emerging Perspectives in the United States and Great Britain, 1900-1950*. Lanham, US-MD, u.a.
- Alvares, Claude (1992): *Science, Development and Violence. The Revolt against Modernity*. Delhi.
- Amnesty International (2013): *If You Love Your Life, Move Out! , Nigeria: Forced Eviction in Badia East, Lagos State*. London, https://www.amnestyusa.org/files/nigeria_forced_evictions_embargoed_until_aug_12.pdf, letzter Aufruf: 12.7.2019.
- Anonym (2013): *Request for Inspection*. Letter dated January 13, 2013. Inspection Panel Case, Nr. 84.
- Apffel-Marglin, Frédérique (1990): „Smallpox in Two Systems of Knowledge“. In: Apffel-Marglin, Frédérique, & Stephen Marglin (Hg.): *Dominating Knowledge. Development, Culture, and Resistance*. Oxford, S. 102-144 (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198286943.003.0004>).
- Bartolome, Leopoldo Jose; Chris de Wet; Harsh Mander & Vijay Kumar Nagraj (2000): *Displacement, Resettlement, Rehabilitation, Reparation and Development*, WCD Thematic Review I.3, Cape Town.
- Caufield, Catherine (1996): *Masters of Illusion. The World Bank and the Poverty of Nations*. London.
- Cerne, Michael M. (1996): „Understanding and Preventing Impoverishment from Displacement – Reflections on the State of Knowledge“. In: McDowell 1996, S. 13-32.
- Cerne, Michael M. (2000): „Risks, Safeguards, and Reconstruction: A Model for Population Displacement and Resettlement“. In: Cerne, Michael M., & Christopher McDowell (Hg.): *Risks and Reconstruction. Experiences of Resettlers and Refugees*. Washington, D.C., S. 11-55 (<https://doi.org/10.1596/0-8213-4444-7>).
- Chavkin, Sasha (2015): *Rights Denied. New Evidence Ties World Bank to Human Rights Abuses in Ethiopia*. <http://projects.huffingtonpost.com/projects/worldbank-evicted-abandoned/new-evidence-ties-worldbank-to-human-rights-abuses-ethiopia>, letzter Aufruf: 19.1.2019.
- Cornwall, Andrea, & Deborah Eade (Hg.) (2010): *Deconstructing Development Discourse: Buzzwords and Fuzzwords*. Bournemouth (<https://doi.org/10.3362/9781780440095.000>).
- Cowen, Robert, & Michael Shenton (1996): *Doctrines of Development*. London.
- de Wet, Chris (2006): *Development-Induced Displacement: Problems, Policies, and People*. Oxford.
- Dwivedi, Ranjit (2002): „Models and Methods in Development-Induced Displacement“. In: *Development & Change*, Bd. 33, Nr. 4, S. 709-732 (<https://doi.org/10.1111/1467-7660.00276>).
- Eriksson Baaz, Maria (2005): *The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Identity in Development Aid*. London.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton, US-NJ.
- Escobar, Arturo (2004): „Development, Violence and the New Imperial Order“. In: *Development*, Bd. 47, Nr. 1, S. 15-21 (<https://doi.org/10.1057/palgrave.development.1100014>).
- FIAN – FoodFirst Informations und Aktions-Netzwerk (2013): *Coffee to go – Landvertreibung zugunsten der Kweri Coffee Plantation in Uganda. Eine menschenrechtliche Analyse*. FIAN Fact Sheet 2013/2.

- FPP – Forest Peoples Programme (2014): *Kenya Defies its own Courts: Torching Homes and Forcefully Evicting the Sengwer from their Ancestral Lands, Threatening their Cultural Survival*. <https://www.forestpeoples.org/en/topics/legal-human-rights/news/2014/01/kenya-defies-its-own-courts-torching-homes-and-forcefully-evi>, letzter Aufruf: 19.1.2019.
- Gasper, Des (1996): „Essentialism In and About Development Discourse“. In: Apthorpe, Raymond, & Des Gasper (Hg.): *Arguing Development Policy: Frames and Discourses*. London, S. 149-176 (<https://doi.org/10.1080/09578819608426656>).
- Goldman, Michael (2005): *Imperial Nature. The World Bank and Struggles for Social Justice in the age of Globalization*. New Haven, US-CT.
- Hall, Stuart (1994): „Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht“. In Hall, Stuart: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg, S. 137-179.
- Hoering, Uwe (2011): „Land Grabbing“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 124, S. 497-500.
- HRW – Human Rights Watch (2012): *Waiting here for Death. Displacement and ‚Villagization‘ in Ethiopia’s Gambella Region*. Washington D.C., https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/ethiopia0112webwcover_0.pdf, letzter Aufruf: 12.7.2019.
- ICIJ – International Consortium of Investigative Journalists (2015): *Das System Weltbank. Vertreibung auf Kredit*. <https://reportage.wdr.de/weltbank#8791>, letzter Aufruf: 6.1.2019.
- Inspection Panel (2014): *Kenya Natural Resource Management Project Investigation Report*. Washington, D.C.
- IRN – International Rivers Network (2012): *Three Gorges Dam. A Model of the Past*. Berkeley, US-CA.
- Kushner, Jacob; Anthony Langat; Sasha Chavkin & Michael Hudson (2015): „Burned Out. World Bank Projects Leave Trail of Misery Around Globe“. In: *Huffington Post*, 15.4.2015, <http://projects.huffingtonpost.com/projects/worldbank-evicted-abandoned/worldbank-projects-leave-trail-misery-around-globe-kenya>, letzter Aufruf: 14.1.2019.
- Lagos State Government (2005): *Resettlement Policy Framework. Final Report. Lagos Metropolitan Development Project (LMPD)*. Lagos, <http://documents.worldbank.org/curated/en/767521468291898557/pdf/RP342.pdf>, letzter Aufruf: 12.7.2019.
- Li, Tania Murray (2007): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*. Durham, US-NC (<https://doi.org/10.1215/9780822389781>).
- Local Anuak Representatives (2012): *Request for Inspection by World Bank Inspection Panel*. <https://www.inspectionpanel.org/sites/www.inspectionpanel.org/files/ip/PanelCases/82-Request%20for%20Inspection%20%28English%29.pdf>, letzter Aufruf: 12.7.2019.
- McDowell, Christopher (Hg.) (1996): *Understanding Impoverishment. The Consequences of Development-Induced Displacement*. Oxford.
- Melber, Henning (1992): *Der Weißheit letzter Schluss. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt a.M.
- Nandy, Ashis (Hg.) (1988): *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*. Tokyo.
- Nandy, Ashis (1992): *Tradition, Tyranny, and Utopias. Essays in the Politics of Awareness*. Delhi.
- Nederveen Pieterse, Jan (2001): *Development Theory: Deconstructions/Reconstructions*. London.
- NG – Neumann Gruppe (2018): *Chronologie der Ereignisse um die Kweri Coffee Plantation – 2000-2017*. <https://www.nkg.de/userfiles/Documents/2018-01-15-Chronologie-DEU.pdf>, letzter Aufruf: 13.1.2019.
- Oliver-Smith, Anthony (1996): „Fighting for a Place: The Policy Implications of Resistance to Development-Induced Displacement“. In: McDowell 1996, S. 77-98.
- Oliver-Smith, Anthony (2006): „Displacement, Resistance, and the Critique of Development: From the Grass Roots to the Global“. In: de Wet 2006, S. 141-179.

- Parasuraman, S. (1999): *The Development Dilemma. Displacement in India*. Houndmills & London (<https://doi.org/10.1007/978-1-349-27248-8>).
- PERIPHERIE, Nr. 107: *Millenniumsziele. Entwicklung von Armut*. Hgg. v. WVEE – Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V. (2007), Münster.
- PERIPHERIE, Nr. 150/151: *Jenseits des Entwicklungsdenkens*. Hgg. v. WVEE – Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V. (2018), Leverkusen (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2>).
- Rich, Bruce (1998): *Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*. Stuttgart.
- Roy, Arundhati (2002): *Die Politik der Macht*. München.
- Sachs, Wolfgang (Hg.) (2010): *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. 2. Aufl., London.
- Sen, Amartya (2000): *Development as Freedom*. New York, US-NY.
- SERAC – Economic Rights Action Center (2013): *Request for Inspection in the Matter of the Lagos Metropolitan Development and Governance Project*. Lagos.
- SESCUP – Sengwer Economic, Social and Cultural Programme (2010): *Report on Burning and Destruction of Sengwer Indigenous Peoples Property in Empoput Forest by KFS Forest Guards*. <https://www.forestpeoples.org/sites/default/files/publication/2011/04/report-burning-and-destruction-sengwer-ips-houses-and-property-empoput-forest.pdf>, letzter Aufruf: 19.1.2019.
- Smart, Jessie (2014): *Urban Agriculture and Economic Change in the Zambia Copperbelt: The Cases of Ndola, Kitwe and Luanysha*. Promotionsarbeit, University of Otago, Dunedin City, NZ-OTA.
- Stein, Martin (1998): „The Three Gorges: The Unexamined toll of Development-Induced Displacement“. In: *Forced Migration Review*, Jan.-Apr. 1998, S. 7-10.
- Terminski, Bogumil (2013): *Development-Induced Displacement and Resettlement. Social problem and human rights issue*. University of Geneva Research Paper No. 9/2013. Genf (<https://doi.org/10.2139/ssrn.2028490>).
- Wade, Robert H. (2011a): *Boulevard of Broken Dreams: The Inside Story of the World Bank's Polonoroeste Road Project in Brazil's Amazon*. Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, Working Paper No. 55.
- Wade, Robert H. (2011b): „Muddy Waters: Inside the World Bank as It Struggled with the Narmada Projects“. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 46, Nr. 40, S. 44-65.
- Weaver, Catherine (2008): *Hypocrisy Trap. The World Bank and the Poverty of Reform*. Princeton, US-NJ (<https://doi.org/10.1515/9781400837816>).
- Wilmsen, Brooke (2011): „Progress, Problems and Prospects of Dam-Induced Displacement in China“. In: *China Information*, Bd. 25, Nr. 2, S. 139-164 (<https://doi.org/10.1177/0920203X11407544>).
- Wilmsen, Brooke (2017): „Damming China's rivers to expand its cities: the urban livelihoods of rural people displaced by the Three Gorges Dam“. In: *Urban Geography*, Bd. 39, Nr. 3 (<https://doi.org/10.1080/02723638.2017.1328578>).
- WB – World Bank (1994): *Resettlement and Development. The Bankwide Review of Projects involving Involuntary Resettlement 1986-1993*. Washington, D.C.
- WB – World Bank (2006): *Project Appraisal Document on a proposed credit to the Federal Republic of Nigeria for the Lagos Metropolitan Development and Governance Project*. Washington, D.C.
- WB – World Bank (2007): *Project Appraisal Document on a proposed credit to the Government of Kenya for a Natural Resource Management Project*. Washington, D.C.

- WB – World Bank (2012): *Project Appraisal Document on a proposed credit to the Federal Democratic Republic of Ethiopia for a Promoting Basic Services Phase III (PBS 3) Project*. Washington, D.C.
- WCD – World Commission on Dams (2000): *Dams and Development. A New Framework for Decision-Making*. London.
- Whyte, Kyle Powys (2017): „The Dakota Access Pipeline, Environmental Injustice, and U.S. Colonialism“. In: *Red Ink: An International Journal of Indigenous Literature, Arts & Humanities*. Bd. 19, Nr 1, S. 1-22.
- Ziai, Aram (2004): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik*. Hamburg.
- Ziai, Aram (2010): „Postkoloniale Perspektiven auf ‚Entwicklung‘“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 120, S. 399-426.
- Ziai, Aram (2016a): *Development Discourse and Global History. From Colonialism to the Sustainable Development Goals*. London (<https://doi.org/10.4324/9781315753782>).
- Ziai, Aram (2016b): „Can the Subaltern File Claims? The World Bank Inspection Panel and Subaltern Articulation“. In: *Momentum Quarterly*, Bd. 5, Nr. 4, S. 255-264.

Anschrift des Autors:

Aram Ziai

ziai@uni-kassel.de